

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 239

Mittwoch den 12. Oktober 1932

90. Jahrgang

Achte württ. Notverordnung

Stuttgart, 11. Okt. Das Staatsministerium hat eine Achte Notverordnung zur Sicherung der Haushalte der Gemeinden erlassen. Sie enthält die Verpflichtung zur Erhebung der Bürgersteuer 1933 mit erhöhten Sätzen. Die Bürgersteuer 1933 wird mit 500 v. H. des Landesjahres erhoben in allen Gemeinden, die entweder a) am 30. September 1932 mehr als zehn vom Arbeitsamt anerkannte Vollerwerbslose auf 1000 Einwohner gehabt haben, oder b) im Rechnungsjahr 1932 eine Gemeindevollversammlung von mehr als 25 Prozent erheben. Die Gemeinden können bis zum 17. Oktober 1932 bei der Aufsichtsbehörde Befreiung beantragen. Die Befreiung darf nur erteilt werden, wenn der Haushalt der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1932 trotz der zu erwartenden Kindererträge bei den Reichsüberwälzungsteuer und bei der Bürgersteuer ausgeglichen ist, insbesondere ein erhebliches Anwachsen der Zahl der Vollerwerbslosen nicht zu befürchten ist. Diese Verordnung tritt am 11. Oktober 1932 in Kraft.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Gemeinden müssen nach den heutigen Verhältnissen mit einem Rückgang ihrer Steuereinnahmen bei der Einkommensteuer um etwa 15 Prozent, bei der Umsatzsteuer um nahezu 30 Prozent rechnen gegenüber den Zahlen, die bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1932 in der Regel zu Grunde gelegt wurden. Auch bei der Bürgersteuer 1933 bedeutet der Wegfall des Ehefrauzuschlags in Verbindung mit den übrigen Steuer-

erleichterungen einen Ertragrückgang über 25 Prozent. Gleichzeitig hat das Reichsfinanzministerium den Ländern und den Organisationen der Gemeinden mitgeteilt, daß aus der Reichswohlfahrtskasse ab 1. Januar 1933 nur noch die Gemeinden Zuschüsse bekommen, die die Bürgersteuer mit mindestens 500 Prozent des Landesjahres erheben. Vorstellungen bei der Reichsregierung blieben ohne Erfolg; es wurde darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern die Bürgersteuer jetzt schon in dieser Höhe und darüber erhoben werden. Aus steuerrechtlichen Gründen müssen Beschlüsse über die Höhe der Bürgersteuer 1933 bis 21. Oktober d. J. gefaßt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt sein. Es war daher unermesslich, die entsprechende Erhöhung der Bürgersteuer durch Notverordnung alsbald anzuordnen und für einmalige Befreiungsanträge der Gemeinden den Termin vom 17. Oktober d. J. vorzuziehen. Befreiungsanträge können die Gemeinden stellen, die ihren Haushalt für 1932 auch ohne Maßnahmen aus der Bürgersteuer ausgleichen können. Die Staatsregierung hofft, beim Reich erreichen zu können, daß eine Entziehung der Reichswohlfahrtskasse unter der angegebenen Voraussetzung bei diesen Gemeinden nicht praktisch wird. Eine Gewähr dafür kann jedoch nicht übernommen werden. Bei der Frage, ob der Haushalt für 1932 ausgeglichen ist, kann davon ausgegangen werden, daß höchstens die bis 30. Juni 1933 fällig werdenden Beträge der Bürgersteuer 1933 noch für das Haushaltsjahr 1932 Verwendung finden.

Oskar Daubmann ein Schwindler

Freiburg, 11. Okt. Heute ist der angebliche Oskar Daubmann von der Freiburger Polizei auf einer Reise nach Schwäbisch-Hausen am dortigen Bahnhof festgehalten und nachmals einem eingehenden Verhör unterzogen worden. Die Vernehmung ist von einem höheren Beamten der Landespolizei in Karlsruhe durchgeführt worden. Im Laufe der Vernehmung soll nach zuverlässigen, polizeilich aber noch nicht bestätigten Mitteilungen

Oskar Daubmann selbst eingestanden haben, daß er gar nicht Oskar Daubmann sei und daß auch seine Erklärungen über seinen Aufenthalt in Afrika erlogen seien.

Die Enttarnung des Schwindlers geschah auf Grund von Fingerabdrücken, die durch das Landespolizeiamt am Montag in Endingen gemacht wurden.

Am Dienstag wurden sodann auf Grund der Fingerabdrücke im Archiv des Landespolizeiamtes die wirklichen Personalien des Schwindlers festgestellt, der ein vorbestrafter Verbrecher ist. Der wirkliche Daubmann ist, wie amtlich gesagt wird, tot. Es handelt sich bei dem angeblichen Daubmann um einen Schwindler, der von den deutschen Justizbehörden schon lange gesucht wird.

Von einem Mitglied des Untersuchungsausschusses wird erklärt, daß die Untersuchung Schritt für Schritt die Un glaubwürdigkeit Daubmanns ergeben habe. Der wirkliche Daubmann ist tot.

Eine amtliche Bekräftigung dieser Enttarnung liegt aber noch nicht vor. Bekannt ist aber, daß die Polizei durch Vernehmung seines Aufenthaltsort zum Zwecke seiner Vernehmung hat feststellen lassen. Dadurch war das irrtümliche Urteil, daß für Daubmann der Grenzübertritt gebietet sei, bekannt ist weiter, daß Daubmann bereits am Montag in Endingen sehr eingehend vernommen und einem ehemaligen Fremdenlegationsrat aus Essen gegenübergestellt worden ist. Diese Gegenüberstellung soll für Daubmann sehr belastend gewesen sein. Es wird auch mitgeteilt, daß Fingerabdrücke von Daubmann zu sehr überraschenden Feststellungen geführt haben.

Auf Grund der heutigen Vernehmungen ist Daubmann von der Polizei festgenommen worden.

Man hat in vielen Kreisen immer Zweifel an den Erzählungen Daubmanns gehabt und auf die Widersprüche zwischen den Aussagen Daubmanns und den wirklichen Tatsachen hingewiesen. Alle deutschen Behörden, insbesondere auch das auswärtige Amt, das badische Staatsministerium und die Reichsregierung ehemaliger Kriegsgefangener, haben sich fast um die Aufklärung dieses merkwürdigen Falles bemüht. Und die einzige Frage bleibt, was der angebliche Daubmann mit diesem Betrag zu erreichen erhoffte, einem Betrage, der für die so grauenvoll schwer geprüften Eltern eine fast unerschöpfliche Nervenzelle ist.

In Endingen hat man immer Zweifel an der Identität Daubmanns gehabt. Trotzdem wollte man den heute auftauchenden Gerüchten, daß Daubmann sich selbst als Schwindler entlarvt habe, keinen Glauben schenken.

Am Mittwoch vormittag 8 Uhr wird im Staatsministerium in Karlsruhe eine Pressebesprechung stattfinden, in der nähere Einzelheiten mitgeteilt werden.

Der Kanzler in München

München, 11. Okt. Reichskanzler v. Papen traf heute vormittag mit dem sachplanmäßigen Berliner Nachrichtenblatt um 8.30 Uhr in München ein. Der Schlafwagen des Reichskanzlers wurde vor dem Königsplatz geleitet, wo sich zur Begrüßung Ministerpräsident Dr. Brüning mit Ministerialdirektor von Stengel, Polizeipräsident Koch, Reichsbahndirektor Lohr,

Staatssekretär Neumayer von der Reichswehr, der Leiter der amtlichen bairischen Pressestelle, Oberregierungsrat Dr. Eisele sowie Richter v. Kersner u. a. eingefunden hatten.

Nachdem Ministerpräsident Papen den Reichskanzler und seine Begleitung begrüßt hatte, begaben sie sich zu dem in der Bayerstraße wohnenden Kraftwagen. Da die Anfunftszeit nicht bekanntgegeben war, hatten sich nur wenige Zuschauer eingefunden. Beim Abfahren der Wagen brachen einige Nationalsozialisten „Heil Hitler“-Rufe aus. Die Demonstranten wurden von der Polizei rasch beiseite gedrängt. Der Reichskanzler fuhr zunächst in das Palais des Ministerpräsidenten, wo er mit Dr. Brüning das Frühstück einnahm.

Um 10 Uhr erfolgte im Staatsministerium des Reiches die Vorstellung des gesamten Staatsministeriums. Um 11.11 Uhr stattete der Reichskanzler dem Landtagspräsidenten Dr. Stang im Landtagsgebäude einen Besuch ab. Um 11 Uhr war eine Pressekonferenz bei dem Reichskanzler. Im Anschluß hieran machte der Kanzler im Rathaus bei Oberbürgermeister Dr. Schwarzagl einen Besuch. Bei dem besiegten vertriebenen Kardinal gab der Reichskanzler gegen Mittag seine Karte ab. Um 12.30 Uhr besuchte er das Münchener Kriegerdenkmal und legte einen Kranz nieder.

Scharfer Beschluß des Auswärt. Ausschusses

Der Regierung wird Verfassungsverstoß vorgeworfen

Berlin, 11. Okt. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurde am Schluß der kurzen Nachmittags-Sitzung folgender Antrag Dr. Fried (N.S.), Dr. Bell (Str.) und Graf Quadt (N. Vp.) angenommen:

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 13. September 1932 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuss hat auf Grund des Art. 13 der Reichsverfassung die Fuzelung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und der Abrüstungsfrage die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Weigerung der Reichsregierung, diesem Ersuchen zu folgen, bedeutet einen Verfassungsverstoß, gegen den sowohl aus Rechtsgründen, wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik wie der Innenpolitik schärfste Vernehmung eingeleitet wird.

In der heute anberaumten neuen Sitzung mit der Tagesordnung „Bericht über die Lausanner Verhandlungen, Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerbundtagung“ hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt. Das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit scharfer Betonung beruft auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksgewalt sich entzieht. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, des wiederholten Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen. Die Weigerung der Reichsregierung, dem Ausschuss Rede und Antwort zu geben, bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Misserfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Untersuchung im Volk und in der Volksgewalt zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gleichgewichts. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verderblichen und verfassungswidrigen Zustandes.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Textzeile oder deren Raum 20 Sp. 1. Reklamestelle 40 Sp. Kollektivanzeigen 100 Sp. 1. Jahrgang. Offerte und Auftragserteilung 20 Sp. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachversandes beschlagnahmt wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Der verräterische Schlieffen-Plan

Eine militärpolitische Betrachtung

Ein höherer Generalstabsoffizier, der heute noch sich privater Weise mit der Aufdeckung der großen Vortriebs- und Kriegs-Spionagefälle befaßt und deshalb ungenannt bleiben möchte, stellt uns folgende Untersuchung über den „verräterischen Schlieffen-Plan“ zur Verfügung.

Die Welt ist empfänglich für Sensationsmeldungen. Sensationsmeldungen aber beeinflussen die öffentliche Meinung stärker als nüchterne Tatsachen, und es ist ein alter Propagandatrick der politischen Beeinflussung, durch eine Reihe von planmäßig lancierten Sensationsmeldungen Stimmung gegen eine bestimmte Persönlichkeit oder ein bestimmtes Land zu machen. Für den Kenner der französischen Weltpropaganda ist es daher offenkundig, warum gerade jetzt, wo Deutschland seine wehrpolitische Gleichberechtigung angestrebt hat, in der gesamten Weltpresse die mit geradezu phantastischen Einzelheiten aufgebaute Behauptung weitergegeben wird, daß lange vor dem Weltkrieg ein deutscher Generalstabsoffizier maskiert in Lüttich erschienen sei, um den deutschen Aufmarschplan gegen Frankreich zu verraten. Für Verrat und Spionage-Angelegenheiten ist die Sensationspresse zwischen Warschau und San Francisco besonders empfänglich, und es sind bedauerlicherweise im Ausland die großen Aufklärungzeitungen, die solche Sensationsmeldungen verbreiten. Man schätzt nicht zu gering, wenn man annimmt, daß in den letzten Tagen rund 500 Millionen Menschen von dem verräterischen deutschen Generalstabsplan Kenntnis erhalten haben. Wieder einmal ist ihnen auf die raffinierteste Weise und unter dem Deckmantel einer harmlosen Sensationsmeldung der Aufklärung erweckt worden, als habe Deutschland planmäßig im Frieden nicht nur den Weltkrieg, sondern auch den Ueberfall auf Belgien vorbereitet. Darüber hinaus wird der Eindruck erweckt, als habe der deutsche Große Generalstab aus einer Bande von fanatischen Kriegshebern und ehrgeizigen Intriganten bestanden. Einer von ihnen sah sich in der Befürchtung übergegangen: „Kriegs fuhr er nach Lüttich und lieferte für 50 000 Mark den Aufmarschplan des deutschen Volksherees vor dem Kriege aus. Das ließ und glaubt der unheillose Amerikaner, das drucken ab fast alle europäischen Zeitungen, das wird in Japan und China, in Südafrika und in Russland fortportiert. Und ausgerechnet zu einer Zeit, in der Deutschland in schwerem Kampf um seine Wehrfreiheit steht. Wahrhaftig: hier ist ein Meisterstück der politischen Propaganda gelungen. Selbst in Deutschland gibt es Millionen, die diesen Wahn glauben vom verräterischen Schlieffen-Plan glauben.“

Urheber der Behauptung vom Verrat des Aufmarschplanes ist der frühere französische Botschafter im kaiserlichen Rußland, Maurice Paléologue. Paléologue, dessen Großvater noch den Namen Brunner trug und aus dem Elsass nach Frankreich einwanderte, machte sich im Vorkriegs-Petersburg dadurch lächerlich, daß er von sich verbreitete, er sei ein direkter Nachkomme des altbyzantinischen Kaiserhauses der Paléologen. Ebenso absurd wie diese Behauptung ist die gerade jetzt in der „Revue des Deux Mondes“ veröffentlichte Nachricht von dem rachsüchtigen deutschen Generalstabsoffizier und dem für 50 000 Mark ausgelieferten Einmarschplan in Belgien. Leider besteht in Deutschland keine Stelle mehr, die von antwortenden solchen offenkundigen Tendenzmeldungen entgegentritt. Denn es ist eine Leichtigkeit, das Unannehme der Paléologue'schen Behauptungen zu beweisen.

Bäre der deutsche Generalstabsplan wirklich im Jahre 1909 in allen Einzelheiten verraten worden, so hätte zweifellos der französische Generalstab mit einer Aenderung seines eigenen Aufmarschplanes gegen Deutschland darauf reagiert. Dies ist jedoch nicht geschehen. Der französische Kriegsplan sah längs der belgisch-französischen Grenze nur Grenzschutzformationen vor und verließ sich im übrigen auf die belgisch-französischen Festungen. Daß zwischen den französischen Grenzschutztruppen und der belgischen Armee noch vor dem Einmarsch der Deutschen in Belgien eine enge taktische Zusammenarbeit eingeleitet hatte, ist heute eine von der Kriegsschuldforcht längst einwandfrei erhärtete Tatsache. Die belgische Neutralität behand also praktisch nicht mehr. Dennoch versammelte Frankreich seine eigentlichen Angriffsarmeen im Raum zwischen Verdun und Belfort. Ihnen war die Aufgabe zugeordnet, durch einen Stoß in der Rheinrichtung Elsass-Lothringen in Besitz zu nehmen und eventuell zwischen der Schweizer Grenze und Straßburg den Rhein zu überschreiten, um in Süddeutschland einzufallen. Dätte der französische Generalstab Kenntnis vom Schlieffen-Plane gehabt, so wäre es geradezu ein strategisches Verbrechen gewesen, die Hauptmassen der französischen Armee hinter der französischen Festungslinie zu versammeln und die belgische Feldarmee ohne eine ausreichende Unterstützung zu lassen. In Wirklichkeit hat die Ausführung des Schlieffen-Planes im August 1914 die Franzosen restlos überrascht. Gehehret ist der Plan nicht daran, daß die Franzosen vorher von ihm Kenntnis hatten und ihn variierten, sondern daß die damalige oberste Generalkommando des Vertrauens in den Sieg verlor, nachdem er bereits bei der ersten Armee von Klud errangen war. Der überkürzte Rückzugsbefehl des Oberleutnants Dentich und nicht die Ueberlegenheit der französischen Führung haben die Marnestrategie herbeigeführt.

Wer die Arbeit im Großen Generalstab der alten deutschen Armee kennt, kann nur darüber lachen, daß es irgend einem Generalstabsoffizier möglich sein sollte, den Gesamtplan zu verraten. Denn von diesem Gesamtplan selbst hatten vor dem Krieg nur vier Personen genaue Kenntnis. Alle mit der Ausarbeitung von Staffeln und Einzelaufmärschen beauftragten Offiziere hatten nur eine gewisse Spezialkenntnis und konnten allenfalls die Stoffrichtung des deut-



sehen Angriffs vermuten. Daß man in Frankreich übrigens nicht von selbst auf den Gedanken kam, Deutschland könne durch einen kühnen und großangelegten strategischen Umgebungsmanöver die französische Aufmarschfront von Norden her aufrollen, und daß man in Frankreich für diesen Fall nur ganz unzureichende Maßnahmen getroffen hatte, wird jedem militärischen Sachverständigen unverständlich bleiben.

Jedenfalls hatte ein im Jahr 1905 veröffentlichter französischer Zukunftsroman „Der Krieg ist erklärt“ die Grundgedanken des Schlieffen-Planes bereits in eine romanhafte Handlung umgelegt, ehe der Schlieffen-Plan selbst entworfen war. Von den Phantasien des Herrn Paléologue aber bleibt nach alledem nichts anderes übrig, als daß sie Deutschland wieder einmal geschadet haben.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Von Nordwesten her macht sich immer noch Tiefdruck geltend, so daß für Donnerstag und Freitag zeitweilig bedecktes, aber nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Kornbach, 10. Okt. Gestern nachmittag hielt der Gesangsverein „Sängerbund“ Kornbach im Saale des Gasth. „Lohse“ hier eine Herbstfeier ab. Mit derselben war verbunden ein Preiswettbewerb und eine Gedenkerziehung. Der Besuch ließ in Folge des schlechten Wetters etwas zu wünschen übrig, besonders die älteren Leute fehlten. Der Vorstand des Vereins begrüßte die Erschienenen. Im Anschluß hieran wurden abwechslungsreiche Männerchöre, Frauenchöre und gemischte Chöre und von der Kapelle Musikstücke vorgetragen, die den Vortragenden den reichen Beifall der Erschienenen eintrugen. Der Verein wird infolge des schwachen Besundes wohl nicht ganz den gewünschten finanziellen Erfolg gehabt haben, der ihm zu wünschen gewesen wäre, da er im Jahre 1933, sofern die Zeiten es erlauben, sein 50jähriges Jubiläum zu feiern gedenkt. Die Gewinne der Gedenkerziehung blieben durchweg aus finanziell hergerichteten und geschmackvollen Preiswettbewerben, die die Gewinner sehr freuten. Abends wurde von der Jugend dem Tanze gehuldigt. Leider ist auch von einem sehr bedauerlichen Unfall zu berichten, dessen Folgen noch nicht vorübersehen werden können. Beim Preiswettbewerb wurde ein hiesiger Mann von einer Kugel ins linke Auge getroffen. Er wurde sofort ins Keurenbürger Bezirkskrankenhaus und später in ein Forstheimer Krankenhaus verbracht. Das Auge selbst scheint nicht verletzt zu sein. Es kann jedoch nicht gesagt werden, welche Folgen der Unfall hat. Im Interesse des Verletzten wünschen wir, daß es für ihn keine nachteiligen Folgen sein mögen. Der Unfall ist wahrscheinlich auf eine unvorsichtige Handhabung des Unglückschusses mit dem Gewehr zurückzuführen und zeigt, daß auch mit den Aufstrebenden nicht leichtsinnig umgegangen werden darf, sondern daß mit diesen Gewehren genau so zu verfahren ist, wie mit den Feuerwaffen. Den Schützen kann seine Unachtsamkeit unter Umständen teuer zu stehen kommen.

Birtenfeld, 7. Okt. (Gemeinderatsbericht.) Zu Beginn der Sitzung verliest der Vorsitzende ein Gesuch des Erwerbslosen-Ausschusses, das er in Abschrift jeder Fraktion mit der Tagesordnung zur Kenntnis zugestellt hatte. Nach diesem Gesuch wird beantragt: 1. Bezahlung des Mietzins. Bei Erwerbslosen und Alleinlebenden mit einem Einkommen nach dem Wohlhabertarif volle Bezahlung der Miete. 2. Gewährung einer Winterhilfe und zwar für jede Familie 5 Zentner Kohlen, 5 Zentner Kartoffeln und 1 Nm. Holz und für Alleinlebende 5 Zentner Kohlen, 2 Zentner Kartoffeln und 1 Nm. Holz. 3. Den erwerbslosen Hausbesitzern ist der durchschnittliche Mietzins an den Steuern in Abrechnung zu bringen. Der hierauf von der sozialdemokratischen Fraktion abgegebener Antrag lautet: Vereinzelt erwerbslose sollen von der Gemeinde 5 Zentner Union-Brünette, 5 Zentner Kartoffeln und 2 Nm. Holz erhalten, alleinlebende Erwerbslose sollen 1 Nm. Holz erhalten und in die Speiseküche zugeteilt werden, auch soll die Kirchgemeinde ersucht werden, die Wärmehäute im Gemeindefaß wiederum zur Verfügung zu stellen. Es habe sich jeder Erwerbslose in eine Liste auf dem Rathaus einzutragen, aus der genau ersichtlich zu machen ist, ob der Erwerbslose Holz, Kohlen oder Kartoffeln wünscht. Sofern das geplante Kostausmaß unternehmen zur Ausführung komme, sollte die dort beschäftigten Erwerbslosen Brennholz als Belohnung erhalten. Erwerbslose, welche selbst Kartoffeln geerntet haben, sollen bei der Zuteilung nicht in Frage kommen. Die Landwirtschaft soll ersucht werden, zum Zwecke der Durchführung der Winterhilfe freiwillige Gaben zu spenden. Die eingehenden Gesuche um Winterhilfe sollen vom Gemeinderat auf ihre Bedürftigkeit geprüft werden. Die bürgerliche Fraktion wünscht zu den Anträgen erst Stellung zu nehmen, wenn sie vorher eine Fraktionsbesprechung abgehalten habe und stellt den Antrag auf Vertagung, der zum Beschluß erhoben wurde. Hierauf berichtet der Ortsvorsteher, daß der freiwillige Arbeitsdienst zur Durchführung des Bodenschutzes für 40 Wochen mit gleichzeitiger Beschäftigung von 75 Arbeitsdienstpflanzern genehmigt worden sei. Für 45 arbeitsdienstpflanzliche Bodenschutzwörter, die dabei neben den 30 Alu- und Armpflanzern beschäftigt werden dürfen, wird ebenfalls der Förderungsbeitrag vom Reich bezahlt und für diese 45 Personen in 40 Wochen die Summe von 20.000.— RM. erreicht. Der

Württembergischer Landtag

Kampf um die Schlachtsteuer

Stuttgart, 11. Okt. Nach dreimonatiger Pause trat der Landtag heute nachmittag wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Den Beratungen wird großes Interesse entgegengebracht. Das zeigte schon die starke Besetzung der Zuschauertribünen. Für den aus dem Landtag ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Dehlinger war bereits sein Nachfolger, Rechtsrat Hirtel, in der Sitzung erschienen. Eine Fülle von Beratungsgesuchen ist dem Landtag in Form von 39 selbständigen Anträgen, 2 Initiativ-Gesuchentwürfen und einem Nachtrag zum Etat 1933/34 zugegangen. Nachdem Oberreg.-Rat Walter als Regierungskommissar drei kleine Anträge beantwortet hatte, wurde in die Große Aussprache über die **Notverordnungen der württembergischen Regierung** und die Anträge auf Aufhebung der Reichssteuer eingetreten. Staatspräsident Dr. Holz betonte, daß der Regierung die Absicht fernlag, den Landtag auszuscheiden oder zu destabilisieren. Die Regierung habe nur zwei Möglichkeiten im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage gehabt, entweder die Schaffung neuer Einnahmen oder die Senkung der Personalausgaben. Die letzte Möglichkeit war die Einführung der Schlachtsteuer und für sie wurde der Weg der Notverordnung gewählt, weil die Einführung dieser Steuer mit Hilfe des Landtags nicht möglich gewesen wäre. Die Regierung sei nur dann bereit, die Schlachtsteuer aufzuheben, wenn der Landtag bessere Vorschläge mache, sie sei aber auch bereit, einige Härten zu beseitigen. Kultminister Dr. Basile rechtfertigte die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahres. Es bestünde in 202 evangelischen und 105 katholischen Schulgemeinden, es sei nicht eingeführt in 1071 evangelischen und 763 katholischen Schulgemeinden. Die volle Einführung des 8. Schuljahres würde einen einmaligen Aufwand von 25 Millionen und einen jährlichen höheren Befoldungsaufwand von 900.000 RM. erfordern. Die Gemeinden könnten höhere Schullasten nicht mehr tragen und in Notzeiten wie den letzten sei es das Beste, nichts Neues einzuführen. Inzwischen war von sozialdemokratischer Seite ein Initiativ-Gesuchentwurf eingegangen, der sich gegen die Hinausschiebung des 8. Schuljahres richtet, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer. Das Zentrum stellte den Antrag, Haus- und Hofschlachtungen von der Reichssteuer auszunehmen, einen Sonderzuschuß einzuführen, um Vorschläge für Sparmaßnahmen zu machen und Maßnahmen dagegen zu treffen, daß die Erhebung der Reichssteuer zum Anlaß ungeduldeten Gewalts gemacht wird. Zwei weitere Anträge bezogen sich auf die Notlage der Gemeinden. Ein Antrag Heil (Soz.) verlangte außerdem beim Reich gegen alle Wirtschaftsmassnahmen nachdrücklich Stellung zu nehmen, die geeignet sind, die Lage der württembergischen Landwirtschaft weiter zu erschweren. Der Abg. Stämpfig (N.S.) begründete einen Antrag seiner Partei, die notleidenden Gemeinden Enzberg, Redarsheim, Schramberg, Schwemningen und Lauterbach verlorene Zuschüsse zu geben. Der Staat müsse sein Rückvermögen angreifen, um zu helfen, auch müßten unbedingt die Sparschalter gestrichelt werden. Der Abg. Köhler (Komm.) begründete verschiedene kommunistische Anträge. Wirtschaftsminister Dr. Haier machte die erklärende Mitteilung, daß die Regierung infolge von Einsparungen in der Lage ist, für die Finanzierung von Landesdarlehen für verstärkte Förderung von Rohstoffarbeiten des freien Arbeitsdienstes ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung sei aber die Durchführung des Schlachtsteuergesetzes und der Notverordnungen. Die Regierung wolle auf solche Weise ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen. Nach dieser Erklärung des Wirtschaftsministers wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Am Samstag Vertagung

Stuttgart, 11. Okt. Vor Beginn der heutigen Landtags-

sitzung trat der Kellerterrat zusammen und befaßte sich mit der Geschäftsliste des Landtags. Der Kellerterrat war sich einig, daß die Beratungen noch in dieser Woche, also spätestens am Samstag, abgeschlossen werden. Sitzungen sind am Mittwoch nachmittag, Donnerstag vormittag, Freitag nachmittag und Samstag vormittag. Die Absicht, die Redezeit zu beschränken, konnte nicht verwirklicht werden. Am Samstag wird sich der Landtag vertagen und erst nach der Reichstagswahl wieder zusammentreten.

Antrag auf Aenderung der Befolungsordnung

Stuttgart, 11. Okt. Die Abgeordneten des Bauernbundes haben im Landtag folgenden Antrag gestellt: Das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald im Benehmen mit dem Reich eine Aenderung der Befolungsordnung vorzunehmen, die die notwendige Anpassung an die heutigen Zeitverhältnisse bringt und 1. die Ministergehälter auf 12.000 RM. festsetzt; 2. die Gehälter der Beamten dementsprechend abkürzt, wobei auf die Erhaltung der Lebensmöglichkeit bei den unteren und mittleren Gruppen Rücksicht zu nehmen ist; 3. die Höchstgrenze für die Ruhegehälter auf 800 RM. festsetzt; 4. Lohnentkommen bei pensionierten und auf Wartegeld gestellten Beamten, das den Betrag von 300 RM. im Monat übersteigt, ganz oder teilweise auf das Ruhegehalt bezog. Wartegeld anzuredern ermöglicht.

Vom Wegebau im Enzthal

Stuttgart, 11. Okt. Auf eine kleine Anfrage des Abg. Vollmer (Komm.) betr. Vorforderungen von Arbeitern am Wegebau im Enzthal hat das Finanzministerium geantwortet, daß dieser Wegebau an den Bauunternehmer Schanz im Auftrag vergeben war und daß die Fortdrehung deshalb nicht verpflichtet ist, den Arbeitern des Schanz einen Verlust zu ersetzen, den sie durch die Nichtzahlung von Löhnen durch Schanz erlitten haben. Die Fortdrehung hat nur den Schanz zugewiesenen Holzbauern des Kurortales im Hinblick auf die bei ihnen vorliegenden besonderen Umstände eine außerordentliche Anwendung bewilligt.

Erklärung Gotthainers vor dem Staatsgerichtshof

W. Weizsäcker, 11. Okt. Im Auftrag der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gotthainer mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsanwalters folgende Erklärung in der heutigen Verhandlung des Staatsgerichtshofes ab: „Eine Vereinbarung des Reichsanwalters mit Hitler über ein Vergehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbotgesetzes, die Wiedereinführung der SA-Gruppen und die Wiedereingliederung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichsanwalters und Hitler, gehörten vielmehr von vorn herein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschieden war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmegesetzbestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.“

Zum Kanzlerbesuch in Süddeutschland

Stuttgart, 11. Okt. Das „Deutsche Volksblatt“ bemerkt zu einer Meldung aus Berlin im „Schwäbischen Merkur“ (Nr. 28), die besagt, daß weitere Besuche des Reichskanzlers von Papen außer in München bei anderen Ländern etwa in Württemberg, Baden, Hessen oder Sachsen nicht vorgesehen seien: Wir glauben zu wissen, daß der Reichskanzler von Papen Mitte November der württembergischen und badischen Regierung einen offiziellen Besuch abtatten wird.

Berlin, 12. Okt. Die von den Nationalsozialisten für heute abend angekündigte Kundgebung im Sportpalast, bei der Dr. Gumbel und der Landtagspräsident Kerrl sprechen sollten, ist aus Sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden.

„So, nun geh gleich. Wenn du Geld übrig behältst, so bringst du es mir wieder zurück, ich gebe es dir gut auf.“ Der Köhler wandte sich der Tür zu. Es schien, als wisse er noch immer nicht recht, um was es sich eigentlich handelte. „Also der Jude, die Witze und...“

Der Schmied bekommt auch noch — dann der Wender... Du weicht doch... Karl Jakob vorfahrig den Beutel in die Rocktasche. Dann öffnete er die Tür und wollte hinaus. In diesem Augenblick schien ihm aber noch etwas einzufallen. Schnell zog er die Hand vom Türdrücker zurück.

„Wald hätte ich noch etwas Wichtiges vergessen! Was macht der Heiner? Hast du noch nichts von ihm gehört?“ Der Schulze vernahm traurig, über sein Gesicht huschte ein Schatten tiefer Betrübniß.

„Koch keine Zeile hat er geschrieben. Gott weiß allein, wo er sich aufhält. Er ist davon überzeugt, daß er mich totgeschossen hat. Das ist schlimm, Karl.“

„Vielleicht kommt er dann überhaupt nicht wieder!“ versetzte niedergeschlagen der Köhler.

„Doch, doch, Karl! Er kommt schon wieder zurück. Er hängt zu sehr an der Heimat — er ist in der Fremde kein Mensch. Ich kenne ihn. Aber hoffentlich bleibt er nicht zu lange.“

„Hoffentlich nicht! Wenn man bedenkt, daß er jetzt vielleicht irgendwo in der weiten Welt herumirrt...“

„Man darf gar nicht darüber nachsinnen, Karl.“ Der Köhler öffnete die Tür.

„Ich wünsche gute Besserung, Schulze!“

„Danke schön, Karl! Besuche mich öfter, bitte!“

„Ich werde immer kommen.“

„Vergiß die Cultungen nicht — hauptsächlich nicht beim Juden!“

Karl ging hinaus und drückte vorsichtig die Tür hinter sich ins Schloß.

14. Kapitel

Über zwei Monate waren nach den geschilderten Ereignissen vergangen.

Nur ein Mann ging ruhig und gelassen seines Weges — er hatte keine Felle. Der Regen, der auf ihn niederkrachte, hatte allem Anschein nach seinen Einfluß auf ihn. Von seinem Hut, den er tief ins Gesicht gezogen hatte, troff das Wasser, und sein Anzug glänzte bereits vor Kasse. Die Hände tief in den Rocktaschen vergraben, den Kopf so weit wie nur möglich in den aufgeschlagenen Krügen seines Rodes gehalten, ging er, ständig die Augen vor sich auf den Boden gebietet, Schritt für Schritt weiter. Sträubig fanden die Bartstoppeln in einem bleichen und knochigen Gesicht, und das stolze Haupthaar, das unter dem Hut hervorquoll, war fettig und ungepflegt.

Nicht leicht war in diesem Menschen der Siegerländer Eisenmann Heinrich Linte, der wohlhabende Bauer und schmerzhafte Karaffier, wiederzuerkennen, denn die Veränderung war zu groß, die sich an ihm vollzogen hatte. Das fröhliche, gesunde und sonnverbrannte Gesicht von früher hatte er verloren, die Wangen waren trankehaft blaß geworden. Die klaren blauen Augen waren trübe, ein hoffnungsloser und apathischer Schein lag in ihnen, tiefblaue Ringe umgaben sie. Er sah aus wie ein Mann, der an der Welt jedes Interesse verloren und der seltsam ungeneuer viel gelitten hat.

Vor vierzehn Tagen war er in Neuworf gelandet und hatte dort acht Tage lang auf einer Bankstelle Piegel getragen. Dann hatte es ihn weitergetrieben, und er war nach Philadelphia gekommen.

Doch auch hier gefiel es ihm noch nicht.

Tag für Tag lief er in den Straßen herum, ohne ein bestimmtes Ziel. Mehrmals am Tage wanderte er zum Hafen. Dort sah er Schiffe, die nach Europa fuhren. Auf Neuworf war er deshalb geflüchtet. Es war gefährlich für ihn, Schiffe, die nach Osten segelten, zu beobachten. In Neuworf hatte er schon einmal das Geld bereit gehalten, um die Rückpassage nach Europa zu bezahlen. Dieser in einem deutschen Gefängnis, als hier in der Fremde, hatte er sich gefügt. Nur der Gedanke an seine Mutter, die ihn nicht vor den Schranken des Gerichts sehen wollte, hatte ihn von diesem Vorhaben abgebracht.

Man verstand ihn hier nicht, selten traf er einen Deutschen. Alles war hier so ganz anders als zu Hause. Das Heimweh machte ihn krank und nahm ihm alle Energie zu irgendeiner Beschäftigung. Er grubelte Tag und Nacht. In sehr kurzer Zeit das Bodenständige in ihm. Seine Vorfahren hatten Jahrhunderte hindurch immer nur auf einem Acker gehöhnt. Sein Blut schrie nach dem Elternhaufe, nach den Feldern und Wiesen, nach Wald und Dautberg, nach seinen Ururen und der lieben alten Hütte. Er fühlte, daß er zu all diesen gehörte, daß er ein Stück davon war — nun ein lodes Stück, das das Schicksal aus dem großen Ganzen der Heimat herausgeschlagen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Ulich

(Copyright 1931 by Verlag Alfred Borchhold in Braunschweig)

42. Fortsetzung.

„Schulze, du bist der beste Mensch unter der Sonne! Wenn dich noch einmal einer verurteilen will, geht's ihm noch schlechter als dem Ranzoni...“

Der Schulze wehrte schwach ab.

„Laf das, Karl!... Die Leute reden immer — man kann es nie allen recht machen. Tut man dem einen Gutes, so verletzt man vielleicht den andern. Die Leute wird man nie zufrieden stellen können. Man darf sich an ihrem Gerede nicht hören, sondern muß stets beharrlich sein, nach Gottes Willen zu handeln...“

„Es magen schon über zwanzig Jahre sein. Genau weiß ich's nicht mehr!“

„Wenn ich also jedes Jahr nur zwanzig Taler für dich zurückgelegt hätte, so kämen wir schon an die fittliche Summe von 400 Talern, nicht wahr?“

„Hast du denn das getan?“

„Ja — aber nicht nur zwanzig, sondern vierzig! Eigentlich wollte ich dir einen höheren Lohn geben, aber ich dachte stets, wenn er noch mehr verdient, so vertritt er auch mehr. Und du mußt doch auch einen Lehrgroschen fürs Alter haben, Karl!“

„O Schulze!“

„Also kannst du ruhig sagen: Das Geld ist mein! Ich habe es mir gepart... Du hast dann nicht gelogen!“

„Verdammst, Schulze, was bist du ein Kerl!“

Die Tränen fanden ihm in den Augen. Er wünschte sie hastig mit dem Rockärmel weg, als sie die gefurchten und verwitterten Wangen hinunterlaufen wollten.

„Nun nimm dir das Geld, Karl!“ Der Köhler folgte der Anforderung. Er ging zu einer Kammode und zog die Schublade heraus, die ihm der Schulze zeigte. In dem Beutel lag's, der oben liegt. So — der da — jawohl! Karl hielt fast ängstlich das viele Geld in der Hand. „Laf dir aber Quittungen geben, nicht wahr?“

„Natürlich!“



Bestehende weist darauf hin, daß die Gemeinde bei ihrer heutigen finanziellen Notlage auf eine derartige Einnahmequelle für ihre Wohlfahrtsverbände dringend angewiesen sei und spricht sich für die sofortige Inangriffnahme des Arbeitsdienstes aus, zu dem sich bereits 100 Personen unter 25 Jahren gemeldet haben. Für die Teilnehmer, die noch ein oder zwei Stempel können, sei dabei wesentlich, daß im Gegensatz zu früher die ihnen zustehende restliche Stempelzeit nicht mehr verloren gehe. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion erklärt, daß er für seine Person in der Form eines halbtägigen Lagers, in der der Arbeitsdienst jetzt durchgeführt werden sollte, seine Zustimmung nicht mehr geben könne, da er befürchte, daß die Sache militärisch angezogen werde und vollends zur Arbeitsdienstpflicht den Übergang würde. Die andere Seite des Gemeinderats hält diese Bedenken nicht für stichhaltig und wünscht im Interesse der Gemeinde die Durchführung und Inangriffnahme des Arbeitsdienstes, der bei der hierauf erfolgten Abstimmung mit 7 zu 4 Stimmen zur Durchführung beschlossen wird. Die zur Durchführung erforderlichen Einrichtungen sollen sofort getroffen werden. Die Mittel hierzu werden aus dem Fiskusgeheimvermögen bewilligt. Der Vorsitzende gibt dem Gemeinderat Kenntnis von den Schritten, die er unternommen hatte zur Unterstützung von Seiten des Staats auf Grund der beschlossenen Betriebsstilllegung der Firma Schindler & Co. hier. — Von der Genehmigung der Kraftfahrzeuge auf der Straße. — Einem Briefwechsel. — Vorarbeiten zum Gemeinderat. — Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, das Geschäft für die Gemeindefürsorge in Zukunft von der Gemeinde selbst zu stellen. — Vor Eintritt in die nächste Sitzung erteilt der Vorsitzende wünschensgemäß dem Fraktionsführer der sozialdemokratischen Partei zu einer Erklärung das Wort. Dieser verliest hierauf eine Erklärung, in der die bürgerliche Fraktion einer Gewaltpolitik und Kulisenschieberei beschuldigt wird. Am besten zeige das der Fall, wie die bürgerliche Fraktion früher Ehmann habe nahelegen lassen, daß er sich erkläre, was die Fortschrittler angehe, um einen vollständig einwandfreien Fall handle. Auch von ihnen habe keiner irgend etwas Persönliches gegen Rörcher Ehmann, es handle sich hier nur um eine sachliche Erwägung einer Zwangsmaßnahme. In dieser Erwägung habe die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde Anlaß gegeben. Sie, die bürgerliche Fraktion, hätte nur im Interesse des Fortschritts diese Angelegenheit noch nicht im Gemeinderat behandelt haben wollen, da sie Rörcher Ehmann noch nicht kündigen, sondern ihm reichlich Gelegenheit geben wollte, sich um eine andere Stelle zu bewerben, um erst dann die Sache im Gemeinderat zu behandeln. Sie hätten geglaubt, dabei im Interesse des Fortschritts zu handeln und irgendwelche böse Absichten hätten dabei nicht vorhanden. — Ein Erwerbsloser. Der verstoßene, sich ein Paar Schuhe, weiter zu beschaffen als ihm vom Gemeinderat zugesagt war, wird vom Gemeinderat 14 Tage in der Unterbringung verwahrt und von der Teilnahme an der Winterhilfe dieses Jahres ausgeschlossen. — Die Fiskusgeheimvermögen um Befreiung von Steuern usw. konnten nicht behandelt werden.

Amweiser, 10. Okt. (Gemeinderatsitzung.) Der Vorsitzende gibt den Wortlaut der 7. Rotverordnung bekannt, wonach der Erhebungszeitraum für die Einwohnersteuer mit Wirkung von Jahr 1933 auf das Kalenderjahr umgestellt wird. Die Steuererträge werden auf das Doppelte erhöht. Ab 1. Januar 1933 beträgt die Einwohnersteuer somit 6 Mark. — Für die am 6. November 1932 stattfindende Reichstagswahl wird die Wahlkommission bestimmt. — Vom Gemeindevorstand. — Die Wahlkommission. — Die Wahlkommission. — Die Wahlkommission.

Herrenberg, 11. Okt. Wir erhalten von einem Herrenberger Kind, Herrn Otto Schweizer, den nachfolgenden Bericht aus Berlin-Epandau.

Kameradschaftsabend in Berlin
Daß auch die in Berlin lebenden ehemaligen Soldaten

des vormaligen 13. Armee-Korps gerne die Verbindung mit dem schönen Schwabenland aufrecht erhalten, davon gab ein gemütlicher Abend am 6. Oktober im Stammlokal des Württembergischen Kriegervereins in Berlin bereitetes Zeugnis. Zur Zeit befindet sich beim Nachbarn Berlin eine Kompagnie des 6. Infanterie-Regiments Nr. 13 aus Ludwigsburg, Traditionskompanie des ehemaligen 3. württ. Infanterie-Regiments Nr. 13 in Württemberg. Der Vorsitzende des Württ. Kriegervereins in Berlin hatte es sich nicht nehmen lassen, die 6. Kompagnie zu seiner Monatsversammlung einzuladen. In ständiger Zahl waren unsere jungen Reichswehrsoldaten, an ihrer Spitze ein Oberleutnant sowie ein Leutnant erschienen. Freilich junge Gesichter lebten bald den Saal und es dauerte nicht lange, da erklangen Heimatlieder im Chorgesang aus jungen Kehlen. Bald kam die richtige Stimmung zum Vorschein, unsere schwäbischen Heimatlieder haben so manchem alten Soldaten alte Erinnerungen aufkommen lassen, die ihn an bessere Zeiten, an seine alte Garnison im Schwabenlande gemahnten. Gerne gesehen sind unsere schwäbischen Soldaten in Berlin, frische Burschen, man sieht es ihnen an, von welchem Schlage sie sind. Die 6. Kompagnie hatte auch am 3. Oktober den ehrenvollen Auftrag, die Hindenburg-Jahnen beim Reichspräsidenten abzuholen, was für sie kein geringer Stolz war. Es ist noch bevor sie in ihre Heimatgarnison abziehen, ein Abschiedsabend bei einem Landsmann, der ein Restaurant besitzt, geplant und dabei wird sich wieder zeigen, daß „die gute Württemberg“ immer noch auf der Höhe ist. Mit den besten Wünschen werden sie von den diesigen Kriegervereinskameraden verabschiedet werden und eine schöne Erinnerung wird es für sie bleiben.

Neuer Forsttarif für Württemberg

Die Lohn- und Tarifverhandlungen, die zwischen der württembergischen Forstdirektion und den Arbeitnehmerverbänden am 7. Oktober stattgefunden, führten unter Vorbehalt einiger nachträglicher Ergänzungen zu einem Abschluß. Der Forsttarif gilt auf ein weiteres Jahr und fortlaufend, wenn er nicht jeweils 2 Monate vorher gekündigt wird. Die Lohnsätze bleiben unverändert, jedoch behält sich die Forstdirektion vor, nach Klärung der Rechtslage, auf Grund der Rotverordnung etwaige Kürzungen im Zusammenhang mit Neueinstellungen vorzunehmen. Die Akkordsätze sind künftig 15, statt 25 Prozent betragen. Bezüglich der Arbeitszeit und Begezeitentschädigung, die beide aus dem Tarif entfernt werden sollen, besteht noch Uneinigkeit, da die Arbeitnehmer wohl weitgehend entgegenkommen, jedoch nicht ganz darauf im Tarif verzichten wollen. Fünf Forstämter wurden neu eingestuft. Der Tarif ist auf ein Jahr abgeschlossen und verlängert sich um 10 ein weiteres Jahr, wenn keine Kündigung erfolgt. Der Lohn mit Lohnklasseneinteilung soll monatlich kündbar sein. Hauptgeschäftspunkt war, weitestmögliche Arbeitsmöglichkeit zu schaffen.

Belaubtet die Stiegenhäuser!

Der täglich frühere Einbruch der Dunkelheit gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und die laufenden Entscheidungen der Rechtsprechung jeden Hauseigentümer verpflichten, Hausflur und Treppenaufgänge während der Dunkelheit solange zu beleuchten, als ein regelmäßiger Verkehr stattfindet. Im Falle der Unterlassung einer genügenden Beleuchtung ist der Hauseigentümer für den allenfalls entstehenden Schaden haftbar.

Warum das Laub fällt

Wenn man zur Herbstzeit durch die Wälder und die Parks der deutschen Landschaft geht, und die ersten Farbtöne des Herbstes beobachtet, dann denkt man an die Dichter, die vom Herbst als vom Beginn des großen Sterbens in der Natur sprechen. Aber dem ist nicht so. Die Verfärbung des Laubes ist nicht ein Zeichen des Absterbens, sondern ein Zeichen des Lebens. Das Blatt des Baumes speichert in seinen Zellen im Laufe des Sommers große Mengen von Chlorophyll (Wattgrün) auf, das die eminent wichtige Aufgabe hat, den Atmungsprozess der Pflanze zu beschleunigen. Bei dieser Tätigkeit findet eine harte Verdunstung von Wasser statt. Im Herbst, wenn der Wassermangel in der Natur eintritt, dann hilft sich die Pflanze dadurch, daß sie die großen Verdunstungsflächen abwirft, denn im Winter wäre sie nicht in der Lage, in dem getrockneten Boden soviel Wasser zu finden, um auch ihre Wälder überwintern zu können. Sie greift daher zu dem einfachen Mittel, sich ihrer Blätter zu entledigen, aber nicht ohne vorher das so außerordentlich wichtige Chlorophyll wieder zurückzunehmen zu haben. Im Herbst beginnen die kleinen Chlorophyllkörperchen in den Stamm des Baumes zurückzuwandern, wo sie überwintern. Das hat zur Folge, daß das Blatt sich verfärbt. Es ist also ein lebenserhaltender Vorgang, der die Pflanze veranlaßt, sich zu färben und schließlich die Wälder abzuwerfen. Nun beginnt nämlich zwischen Ast und Blattstiel von außen nach innen eine kleine Korkscheibe zu wachsen, die die Wunde, die entstehen würde, wenn das Blatt abgerissen würde, verschließt. In dem Augenblick, wo die Korkscheibe sich vervollständigt hat, hängt das Blatt lose am Ast. Ein schwacher Luftzug, meist sogar nur die eigene Schwere, genügt, um das Blatt vom Ast zu lösen und zu Boden fallen zu lassen. Wenn also im Herbst das Laub fällt, so ist das ein Zeichen, daß die Pflanze oder der Baum sich für den Winter vorbereitet und, indem er sein Laub preisgibt, sein Leben zu erhalten trachtet.

Württemberg

Herrenberg, 11. Okt. (Töblicher Ausgang.) Die 23jährige Hanna Schmidt war am letzten Freitag auf ihrem Rad bei der Wirtshaus zum „Waldhorn“ mit dem Kraftwagen des Paul Schumann von hier zusammengestoßen. Sie wurde gegen die Windschutzscheibe des Wagens geschleudert. Die Scheibe zerplatzte und brachte der Unglücklichen schwere Schnittverletzungen bei. Im Krankenhaus, wohin sie sofort gebracht wurde, stellte der Arzt noch Kehlkopfverletzungen fest, denen sie am Sonntag nach erliegen ist.

Balingen a. Eng., 11. Okt. (Ein starkes Stück.) Sonntag nachmittag fuhr ein Stuttgarter Herr mit seinem Personenkraftwagen bei Mecklingermeister Gierbach am Marktplatz vor, um eine kleine Reparatur vornehmen und einen Reifen auswechseln zu lassen. Der Autofahrer lehnte im „Kamm“ ein. Nachdem die Arbeit erledigt war, wurde der Wagen gestohlen. Obwohl die Polizei sofort das Telefon in Bewegung setzte, konnte bisher weder der Wagen noch der Dieb ermittelt werden. Es handelt sich um einen Vierzylinder-Opelwagen.

Stuttgart, 11. Okt. (Neueinstellung von Arbeitern im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart.) Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung auf 10. Oktober insgesamt rund 2200 Arbeiter für zusätzliche Überbauarbeiten eingestellt worden. Die Arbeitsstellen sind ziemlich gleichmäßig im ganzen Direktionsbezirk verteilt.

Stuttgart, 11. Okt. (Deutschnationale Reichstagskandidaten.) Die Deutschnationale Partei hat in Württemberg ihre Reichstagskandidaten von der letzten Wahl unverändert wieder aufgestellt. Die Liste nennt an vierter Stelle: 1. Dr. Ing. W. W. W. W., Reichstagsabgeordneter, Stuttgart; 2. Dr. H. H. H. H., Generalarzt a. D., Ulm; 3. K. K. K. K., Bauingenieur, Stuttgart; 4. K. K. K. K., Bäckereimeister, Stuttgart.

Großbottmer, O. A. Marbach, 11. Okt. (Weinparlament des Bottwartals.) In städtischer Anzahl hatten sich die Ortsverbände des Bottwartals samt Umgebung, zum erstenmal auch die Vertreter der Weinbauvereine und sonstige führende Weingärtner des Bezirks, versammelt, um über die Festsetzung des Weinbergsbeginns zu beraten. Hinsichtlich der Reue kam zum Ausdruck, daß diese in den Weinbaugemeinden gegenüber fern nicht unbedeutend zurückgeht. Was aber die Güte anlangt, so wurde festgestellt, daß mit einem guten Tropfen gerechnet werden kann. Da die Weinberge alle gesund stehen, wurde von den Weingärtnern dringend empfohlen, mit dem Weinbergsbeginn selbst so lange wie möglich zu warten. Das Parlament einigte sich deshalb dahin, mit der allgemeinen Reue erst am Montag, den 17. ds. Mts., zu beginnen. In Brühl, Hof und Rembach, sowie Kleinspach wird der Beginn erst am Mittwoch, den 19. ds. Mts., erfolgen.

Ulm, 10. Okt. (Auf Schallplatten.) Der Trommelwirbel, der zu den Ulmer Fischertönen geschlagen und in seiner Eigenartigkeit nicht nach zwei früheren Tänzchen geschlagen werden kann, soll der Nachwelt erhalten bleiben. Dieser Trommelwirbel ist so etwas Eigenartiges, daß der Süddeutsche Rundfunk diese vier Trommelstücke (Wassermarsch, Kaufmarsch, Bauer- und Väterlein-Tanz und Namenstanz) auf eine Schallplatte aufgenommen hat, die man gelegentlich auch im Radio hören können. Die beiden alten Tänze, die den Wirbel bisher geschlagen haben, sind schon beinahe 80 und einer über 80 Jahre alt. Die Schallplatte wurde Samstagabend in der Versammlung des Vereins für Kunst und Miletum vorgeführt.

Omnibus umgestürzt

Wangen i. A., 11. Okt. Ein mit 16 Personen besetzter Omnibus aus Wangen i. A. überfuhr auf der Bundesstraße zwischen Lauterbach und Dorstbrunn einen Radfahrer, geriet dabei über den Straßentrand und kippte um. Fünf Mitfahrer wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück ereignete sich am Sonntag nach etwa 100 Meter oberhalb der Hohen Brücke bei Dorstbrunn. Als der Lenker des Wangener Autos, der Mühlendörfner Gebb, Straßer aus Unterbergen O. A. Wangen mehreren Motorradfahrern vorfuhr, kam ihm plötzlich der Radfahrer Wagner aus Hörtbrunn entgegen, den Straßer zu spät bemerkte. Das Auto fuhr den Radfahrer nieder und stürzte dabei selbst in den linksseitigen Straßengraben. Es wurde schwer beschädigt. Von den fünf verletzten Insassen stammten vier aus Wangen und einer aus Au in der Schweiz. Die Verletzten wurden im Bregener Spital behandelt und konnten bereits nach Wangen übergeführt werden. Der Lenker des Autos wurde ins Bezirksgericht Bregenz eingeliefert.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 11. Okt. (Schlachtleichmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Markt, Vieh- und Schlachtleichmarkt wurden zugeliefert: 38 Ochsen (unter 6), 50 Bullen, 274 (4) Jungbullen, 179 (9) Kühe, 407 (46) Ferkel, 1343 (13) Kälber, 2173 (150) Schweine, 7 Schafe. Erlös aus je 1 T. Lebendgewicht: Ochsen a 30-33 (letzte Markt: -), b 28 bis 28 (-), c 22-24 (-), Bullen a 25-26 (24-25), b 23-24 (22-23), c 21-22 (-), Kühe a 22-26 (-), b 17-20 (-), c 12 bis 15 (-), d 9-11 (-), Ferkel a 34-37 (34-36), b 28-31 (unv.), c 23-25 (unv.), Kälber b 39-41 (38-41), c 34-37 (unv.), d 30 bis 33 (unv.), Schweine a fette über 300 Pfd. 48 (unv.), b vollfleischige von 240-300 Pfd. 46-48 (46-47), c von 200-240 Pfd. 45-47 (45-46), d von 160-200 Pfd. 44-45 (unv.), e fleischige von 120-160 Pfd. 42-43 (unv.), Schafen 31-36 (unv.) M. Marktverlauf: Großvieh mäßig beliebt, Ueberstand, Kälber mäßig, Schweine mäßig, fette über Notis.

Pforzheim, 10. Okt. (Schlachtleichmarkt.) Aufgetrieben waren 621 Tiere, und zwar: 4 Ochsen, 4 Kühe, 42 Ferkel, 24 Ferkel, 41 Kälber, 3 Schafe, 503 Schweine. Marktverlauf: mäßig beliebt, Ueberstand: 5 Stück Großvieh, 3 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebend-



Wo man hinsieht,
sieht man „Saba“

Überall ausgerauchte, leere Saba-Packungen.
Kein Wunder! Denn jeder Kenner schätzt „Saba ohne“, die überall eine Anerkennung gefunden hat wie selten eine Cigarette.



gewicht: Ochsen a 31-33, b 27-30, Ferkel a 26, b und c 24-22, Kühe a 24, b und c 20-12, Ferkel a 34-36, b 31-33, Kälber b 38-42, c 33-36, Schweine b 47-48, c 46-47.

Kreisruhe, 10. Okt. (Viehmarkt) Gesamtzufuhr: 1673 Stück, darunter 53 Ochsen, 45 Kühe, 19 Ferkel, 69 Kälber, 1302 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 22-34, Kühe 18-26, Ferkel 10-24, Kälber 23-44, Schweine 42-50, Sauen 34-38. Verkauf: Bei Großvieh langsam, geringerer Ueberstand, bei Schweinen mittelmäßig, geringer Ueberstand, bei Kälbern langsam geräumt.

Stuttgart, 11. Okt. (Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof). Seit 7. Oktober sind 82 Wagen neu zugeliefert, und zwar aus Württemberg 1, Bayern 1, Hessen 1, Ostpreußen 17, Tschechoslowakei 18, Ungarn 12, Italien 34. Nach auswärts sind inzwischen 32 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo: 1050-1220 Mk., und zwar für Obst aus Italien 1050-1100 RM., im übrigen 1150 bis 1220 RM., im Kleinverkauf 5.50-6.40 RM. für 50 Kilo. Marktlage: lebhaft.

Letzte Nachrichten

Düsseldorf, 11. Okt. In Bülberich (Kreis Mönch) kamen auf tragische Weise zwei junge Männer im Alter von 20 und 22 Jahren ums Leben. Die beiden, die zu der benachbarten Kirche gehen wollten, wählten vorher im Keller Wein trinken. Im Dunkeln nahmen sie anstatt der Weinsflasche eine Salzsäureflasche und tranken davon. Obwohl sie sofort den furchterlichen Irrtum merkten, war es jedoch schon zu spät. Sie liefen, nachdem sie zunächst Wasser getrunken hatten, zum nahe gelegenen Krankenhaus. Einer von ihnen brach auf diesem Wege bereits tot zusammen, während der andere kurze Zeit nachher im Krankenhaus verstarb.

Trostlose Kassenlage der Stadt Duisburg-Hamborn
Duisburg-Hamborn, 11. Okt. (Eig. Meldung.) Die städtische Kassenlage hat eine derartige Zuspitzung erfahren, daß die Stadtverwaltung am 10. Oktober nicht in der Lage war, die zweite Rate der Beamteneinkommen zur Auszahlung zu bringen. Es ist vorläufig die Regelung getroffen worden, daß Beamte und Angestellte mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 150 Mark 50 Mark ausbezahlt erhalten. Wie verzweifelt augenblicklich die Finanzlage der Stadt ist, zeigen die folgenden Zahlen: Die Fürsorgekosten in Duisburg-Hamborn haben im vergangenen Monat die bisher noch nicht dagewesene Höhe von 3,2 Millionen RM. erreicht. Die gesamten Stenereinnahmen erreichen augenblicklich im Monat den Betrag von einer Million Reichsmark. Die Beamten- und Angestelltengehälter erfordern monatlich 665 000 RM., die Ruhegehälter 115 000 RM. Wenn man diese Zahlen mit den Fürsorgekosten vergleicht, so zeigt es sich, daß der städtische Haushalt nur noch vom Wohlfahrtsamt bestimmt wird.

Wattenscheid in finanziellen Schwierigkeiten

Wattenscheid, 11. Okt. (Eig. Meldung.) Die Stadtverwaltung konnte die heute fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nicht voll auszahlen, da es an Mitteln fehlte. Man hofft jedoch, am Montag die Restbeträge nachzahlen zu können. Die Stadtverordnetenfraktion der SPD, sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund haben den preussischen Innenminister und die Regierung in Krefeld dringend um Hilfe gebeten.

Barrikadenkämpfe in Belfast

w. Belfast, 11. Okt. Arbeitslose versuchten heute Umzüge zu veranstalten. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel vor. In den Straßen patrouillieren Panzerwagen. Die Unruhen flackerten heute nachmittag in der Stadt wieder auf. Die Menge versuchte, den Verkehr in den Straßen zu unterbinden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden aus der Menge Schüsse abgegeben. Die Polizei erwiderte das Feuer. 15 Personen sind verletzt worden. Die Unruhen nahmen einen derartigen Umfang an, daß die Stadt durch einen Polizeiforordon abgesperrt werden mußte. An einer Stelle der Stadt wurden von den Aufreißern Gräben angegraben und Barrikaden errichtet. In wiederholten Rufen mußte die Polizei zum Angriff übergehen, um die Aufsammlungen der Aufreißer zu zerstreuen. Die Beamten wurden mit einem wahren Steinregen empfangen. Durch eine Begegnung ist das Betreten der Straßen zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten worden. Der Zutritt zur Stadt ist bis morgen früh gesperrt und der Autobus- und Straßenbahnverkehr eingestellt worden. Die Arbeitslosendemonstrationen haben ein Todesopfer gefordert.

Aus Welt und Leben

Die Bekämpfung der Malariafliegen zwingt die Forscher auf die verschiedensten Gebiete, auf denen sie die Lebensgewohnheiten und Reaktionen der Fliegen gegen Abwehrmaßnahmen feststellen können. So stellte der italienische Arzt Dr. Brigatti Untersuchungen über die Farbensensibilität der Fliegen an. Dabei wurden in zwei Ställen die Kästen für die Tiere verschiedenfarbig angeordnet und gezählt, wieviel Fliegen sich darin aufhielten. Es zeigte sich nun, daß Rot und Violett große Anziehungskraft auf die Tiere ausübt. Grau sie gleichgültig läßt, Blau und Grün sie dagegen abstoßt. Der italienische Forscher vermutet, daß man damit ein überaus einfaches Mittel in der Hand hat, durch entsprechende Farbaufträge die lästigen Tiere von den menschlichen Behausungen fernzuhalten. Wenn damit auch nicht ein direktes Mittel zur Vernichtung der Fliegen erfindet ist, so wird doch eine verstärkte Abwehrmaßnahme durch die Beachtung der Farbensensibilität der Tiere möglich sein.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am **Donnerstag, 20. Oktober 1932, nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathaus in Calmbach — Sitzungssaal — die folgenden im Grundbuch auf den Namen von

1. Martha Sig., geb. Walter, Ehefrau des Theodor Sig., Geschäftsführers in Calmbach,
2. Wilhelmine Walter, led., Calmbach, — je zur Hälfte —

eingetragenen Grundstücke der Markung Calmbach versteigert werden:

Gebäude Nr. 103: 6 a 66 qm Wohn- und Wirtschaftsgebäude zum „Hirsch“ (mit dinglicher Wirtschaftsgerechtigkeit), Scheuer, Stallung und Hofraum mitten im Dorf	34 400 RM.,
Gebäude Nr. 103A: 18 qm Waschküche	300 RM.,
Gebäude Nr. 104: 59 qm Scheuer mit Wagenschopf, Einfahrt	600 RM.,
Parz. 146/2: 2 a 51 qm Garten mitt. im Dorf	376 RM.,
Parz. 147: 19 a 73 qm Wiese in der Miß	1 873 RM.,
Parz. 981: 33 a 57 qm Wiese in Altweiesen in der Miß	2 500 RM.,
Parz. 983: 8 a 31 qm Wiese in Altweiesen	400 RM.,

Mitversteigert wird das ganze Wirtschaftsinventar (die Einrichtung der Wirtschaft, eines Saales, der Kaffeestuben, zweier Fremdenzimmer, der Küche und des Kellers, das Geschirre u. a.), geschätzt zu insgesamt 4 500 RM. **Wildbad**, den 10. Oktober 1932.

Bezirksnotar Rathgeber.

Gemeinde Birkenfeld.

Holzwarei-Altford.

Morgen Donnerstag den 13. ds. Mts., abends 5 Uhr, kommt auf der Gemeindepflege das Fällen und Aufbereiten des zum Einschlag kommenden Holzes der Abt. V 7 Dadaubau (oben) und 16 Eichelacker im öffentlichen Abstreich zur Vergebung. (Vergebung nur an hiesige Ortsbewohner.) Nähere Auskunft erteilt Förster E h m a n n.

Birkenfeld, den 12. Oktober 1932.

Gemeindepflege: H e e h.

Kauft Hindenburg- Wohlfahrts- Postkarten!

Frankierungswert 6 Pfennig. Verkaufspreis 10 Pfennig. Wohlfahrtsaufschlag zugunsten der Deutschen Nothilfe 4 Pf. — Bei allen Bürgermeistern und Pfarrämtern und beim Bezirkswohlfahrtsverein erhältlich.

Für Pensionszwecke geeignet, wird in Herrenalb ein

Haus

mit mindestens 20 Zimmern, reichlich Nebenräume, Garten, Garagenmöglichkeit, Berglage, nicht zu weit vom Kurpark, zu mieten evtl. zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit Angabe über Miet- und Kaufpreis, Lage usw. erbeten unter Nr. 550 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. Vermittler nicht gewünscht.

Verloren

ging am 11. Oktober auf der Strecke Döbel-Herrenalb ein Wagenheber.

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben bei Mehgermeister Wein, Herrenalb abzugeben.

Neuenbürg.

Lieferwagen,

zirka 15 Zentner Tragkraft, in gutem Zustand billig zu verkaufen.

Gebr. Mayer, Katosseriebau.

ECKE MEIßNER & BLUMENSTRASSE

Mit Geschmack gekleidet sein — heißt Mäntel und Kleider tragen aus dem Spezialhaus **C. Berner** PFORZHEIM

Fußball-Verein Neuenbürg (e. V.)

Verein für Rasenspiele u. Leibesübungen. Mitglied des S. F. V. Die verehrl. Mitglieder werden hiermit freundlich zu der am **Samstag den 15. Oktober 1932, abends 8 Uhr**, im Gasthaus z. „Eintracht“ stattfindenden

General-Verammlung

eingeladen. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Spielbericht, 4. Anträge, 5. Entlastung und Neuwahlen, 6. Verschiedenes.

Anträge zur Generalversammlung können bis spätestens Freitag abend beim Schriftführer s c h r i f t l. eingereicht werden. Die Vereinsleitung erwartet pünktliches und vollzähliges Erscheinen sämtlicher aktiven und passiven Mitglieder. **Der Ausschuß.**

Feldrennach, 12. Okt. 1932.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, guter, treubeforgter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Fauth,

Zimmermann, im Alter von 52 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden in die ewige Heimat abgerufen wurde. In schmerzlicher Trauer:

Die Gattin: **Sophie Fauth**, geb. Merkle, nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr in Feldrennach statt.

W. Forstamt Calmbach. (Oberförsterverlei.)

Verpachtung.

Am Samstag den 15. Oktober 1932, nachm. 3 Uhr, im Calmbach, Gasthof zur „Sonne“ werden die Parzellen Nr. 1592/1, 1592/3 und 1595 — Wiesen im sog. Dürren Grund — für die 6 Jahre 1933 bis 1938 öffentlich verpachtet.

Starter- und Beleuchtungs-Batterien

für Automobile und Motorräder

Batterie-Reparaturen

Auto-König

Neuenbürg, Telef. 272.

H. M. „Sonne“.

Zur Kirchweihbäckerei

alle **Badartikel**

Donnerstag, Freitag, Samstag

für nur **55** Pfg.

- 1 Pfd. Leberwurst oder
- 2 Pfd.-Kiste Büchlinge oder
- 5 Paar Frankfurter Würstchen

Frische **Seefische**

Kabliau u. Fisel treffen morgen ein.

... und Rabattmarken

Pfannkuch

Zwangs-Versteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Donnerstag, 13. Okt., um 13 Uhr** in **Schwarzenberg**:

- 1 Kanne Autofett, 1 Dep. apparat, 1 Autodecke;
- 14 Uhr in **Biefelsberg**: 2 Fässer;

15 Uhr in **Oberlengenhardt**:

- 1 Büffel, roh, ungebeizt;
- 1 Kadentisch, 1 Warten schrank.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.

Birkenfeld.

Sehe eine fehlerfreie, zum dem zweiten Kalb 37 Wochen trüchtige

Kuh

dem Verkauf aus **Viktor Dellschläger**, Dietlinger Str. 23.

Achtung!

Schlagzeiger frei für kommende Kirchweih. **L. Bodt jr., Pforzheim**. Obere Au 65.

